

Publikationsreihe "Argumente der Freiheit"

Eine Buchreihe des Liberalen Instituts der Friedrich-Naumann-Stiftung, erschienen im Academia- und Liberal-Verlag

Eigentum und Umweltschutz, Steffen Hentrich (Hrsg.), Berlin 2011

Mit dem Sammelband *Eigentum und Umweltschutz* soll die zu Unrecht vernachlässigte Bedeutung des Privateigentums für den Natur- und Umweltschutz wieder in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt werden. Anhand von Beispielen der internationalen Meeresfischerei, dem Schutz seltener Tierarten in einem afrikanischen Naturreservat und der Klimapolitik werden Umweltprobleme als Ressourcenkonflikte charakterisiert und erläutert, inwieweit eine Stärkung der Anreizeffekte von individuellem Eigentum einen Beitrag zur Konfliktlösung und damit mehr Nachhaltigkeit bei der Nutzung natürlicher Ressourcen führen kann.

S. 73 -95

Rolf D. Baldus und Michael Miersch:

Mit Verbots-Naturschutz werden wir Afrikas Tierwelt nicht retten

Michael Miersch: In Ostafrika richteten Wilderer in den 80er Jahren regelrechte Elefantenmassaker an. Sie haben in den 90er Jahren im Auftrag der deutschen Entwicklungszusammenarbeit das Selous Reservat Wildreservat in Tansania neu organisiert und die Wilderei dort erfolgreich zurückgedrängt. Wie gelang das?

Dr. Rolf Baldus: Bevor wir über die Erfolge sprechen, möchte ich erst kurz an die Vorgeschichte erinnern. In den frühen achtziger Jahren erfasste die Elefantenwilderei Ostafrika ja wie eine Flutwelle, die Richtung Süden rollte. Schließlich erreichte sie das südliche Tansania, wo eine der größten Elefantenkonzentrationen des ganzen Kontinents lebte. Zentrum war das damals weitgehend unbekannte Selous-Wildreservat. Es wurde vor über hundert Jahren, genau gesagt 1896, von dem deutschen Gouverneur Hermann von Wissmann gegründet. In den achtziger Jahren war es auf 50.000 Quadratkilometer angewachsen, und diente vor allem dem Schutz von Elefanten. In den 70er Jahren lebten im Selous über 100.000 Elefanten.

Doch dann war wegen der fehlgeschlagenen sozialistischen Wirtschaftspolitik von Präsident Julius Nyerere der Staat pleite und auch die Naturschutzverwaltung brach zusammen. Geld war keins mehr da. Nyerere appellierte an die sozialistische Moral seiner Beamten. Doch wie Bertold Brecht so treffend sagte: Erst kommt das Fressen - dann die Moral. Die Wildhüter verdienten damals nur etwa 20 Euro im Monat. Also lebten sie von Wildfleisch und schossen Elefanten ab, um das Elfenbein zu verkaufen. Die Dorfbewohner taten dasselbe. Verwaltung und Funktionäre der allmächtigen Einheitspartei schöpften den Rahm ab, indem sie den Zwischenhandel und Export in die Hand nahmen. Korruption war allgegenwärtig, das ging bis ganz nach oben. Mitte der achtziger Jahre lebte im Selous und seinen Randgebieten kaum noch die Hälfte der Elefantenpopulation. Und es ging weiter steil abwärts, bis schließlich nicht einmal mehr 30.000 lebende Elefanten gezählt werden konnten. Gleichzeitig sahen wir bei unseren Zählungen aus der Luft aber die Kadaver und Schädel von 10.000 toten Elefanten.

Das war die Situation, als ich mich Ende 1987 im Bonner Entwicklungshilfeministerium freistellen ließ, um vor Ort dem Selous Reservat wieder auf die Beine zu helfen. Unser Hauptziel war zunächst einmal ein Stopp der Elefantenwilderei und ein Anstieg der Elefantenzahlen. Wir zogen die Verwaltung, die Wildhüter und – soweit es ging – die umliegenden Dörfer zurate. Dann begannen wir ganz pragmatisch an drei Baustellen zu arbeiten: Erstens mussten wir ein geordnetes Management einführen. Zweitens die Finanzierung des Reservats sicherstellen. Und drittens mussten wir den Dorfbewohnern wirtschaftliche Anreize geben, damit die Artenvielfalt geschützt werden konnte.

Miersch: Wie lief das konkret ab?

Baldus: Für Baustelle Eins, also die Einführung eines geordnetes Managements, mussten die Wildhüter ausgebildet, ausgerüstet, neu orientiert und dazu gebracht werden, wieder ihre Arbeit zu tun, anstatt selbst zu wildern. Wir mussten die notwendige Infrastruktur, also Straßen, Flugpisten und Wildhüter-Stationen herstellen. Wie unsere Ausgangssituation aussah, können Sie sich vielleicht vorstellen, wenn ich Ihnen sage dass die „Fahrzeugflotte“ damals aus zwei schrottreifen Landrover be-

stand. Und das für eine Wildnis von der Größe der Schweiz. Um dieses improvisierte Arbeiten in ein systematisches Management umzuwandeln, haben wir für das Reservat einen Managementplan erstellt.

Baustelle Nummer zwei, also die Finanzierung, war auch nicht gerade einfach. Der karge Lohn der Wildhüter wurde von Staat bezahlt, er gab dafür und alle anderen laufenden Kosten jährlich 100.000 US Dollar an Haushaltsmitteln. Das waren pro hundert Hektar zwei Dollar - Kommentar überflüssig. Die Entwicklungshilfegelder waren sehr begrenzt und es war klar, dass sie nach einigen Jahren ohnehin wieder zu Ende gehen. Meine tansanischen Kollegen glaubten, dass das große Geld von den Tierschutzorganisationen kommen würde. Bestimmt erinnern Sie sich noch an die damals weltweiten Kampagnen mit Behauptungen wie „der letzte Elefant ist schon geboren“ und dem Schlachtruf „Rettet die Elefanten“. Damit sammelte der Tierschutz viele Millionen Spendengelder ein. Doch raten Sie mal, wie viel davon das wichtigste Elefantenreservat in Afrika bekam? Ich kann es Ihnen sagen: ein oder zwei Autos, zwei Aluminiumboote, einen Werkstattwagen und unbrauchbare Dinge wie Elektroorgeln, vierrädrige Quads oder zwei Ultralights. Selbst meine Kollegen mussten bald einsehen, dass wir uns besser auf unsere eigenen Möglichkeiten besinnen sollten. Und das war dann die Geburtsstunde einer Vereinbarung mit dem tansanischen Finanzminister: Der Selous durfte die Hälfte seiner Einnahmen einbehalten. Und die stammten zu 90 Prozent aus dem Jagdtourismus.

Damit kommen wir zu Baustelle Drei: Den wirtschaftlichen Anreizen für die Dorfbewohner. Die meisten Wilderer kamen aus den umliegenden Dörfern und dort lebten sie wie die Fische im Wasser. Sie sahen es als ihr Recht, zu jagen um ihre Familien zu ernähren. Wilderei wurde nicht als kriminell betrachtet. Das Jagdverbot war gescheitert. Wir mussten also einen Weg finden, die Bewohner am Erhalt der Wildtiere zu interessieren. Aus meiner Sicht war das nur möglich, wenn sie selbst ein materielles Interesse daran entwickelten. Also Schutz durch Nutzung. Wir mussten einen Weg finden, den Menschen das Eigentum am Wild, oder zumindest ein Nutzungsrecht, zu übertragen. Wir wollten ihnen die Nutzung nicht länger verbieten. Aber wir wollten die Nutzung in die Nachhaltigkeit überführen.

Miersch: Das klingt ziemlich ambitioniert. Wie lief es in der Praxis?

Baldus: Die ersten Erfolge sahen wir schon ganz bald: Durch das verbesserte Management und den Einsatz polizeilicher Mittel zur von Wildereibekämpfung konnten wir der schlimmsten Wilderei recht schnell die Spitze nehmen. Und nach drei, vier Jahren war die Wilderei dann populationsdynamisch schon nicht mehr relevant. Die Elefantenbestände wuchsen wieder. Statt drei- bis fünftausend gewilderter Elefanten im Jahr waren es schließlich weniger als hundert. Tierschützer in Nairobi, die unserem Ansatz feindlich gegenüber standen, weil er auf nachhaltiger Nutzung basierte, warfen uns sogar vor dass wir die Ergebnisse gefälscht hätten. Aber die Elefanzählungen waren gar nicht von uns, sondern von völlig unabhängigen Wissenschaftlern durchgeführt worden.

Dieser enorme Erfolg war natürlich nur möglich, weil uns dafür genug Geld zur Verfügung stand. Mit unserem Ansatz der nachhaltigen Nutzung hatten wir die Gesamteinnahmen des Reservats auf fast sechs Millionen Dollar gesteigert - und die Hälfte davon stand uns für den Schutz des Selous zur Verfügung. Damit konnten wir über 20 Geländewagen finanzieren, ein Kleinflugzeug, fünf Straßenhobel und Bulldozer, und jede Station im Busch hatte abends ein paar Stunden Strom. Alle Wildhüterfamilien hatten ein ordentliches Dach über dem Kopf und für jeden Patrouillentag im Busch gab es eine Prämie. Wir hatten 6.000 Kilometer einfache Pisten und 20 Kleinflugplätze gebaut. Fast jeder Scout konnte mit einem GPS-Gerät umgehen, und wir waren in der Lage, innerhalb von 24 Stunden überall im Park vor Ort Wildhüter einzusetzen, wenn es nötig war. Die meisten Dörfer am Rande des Reservats nannten inzwischen Hege- und Jagdgebiete ihr Eigen. Sie verwalteten diese „Wildlife Management Areas“ selbst und hatten rund 500 uniformierte Dorfwildhüter im Einsatz, die außerhalb des Reservats die illegale Jagd unter Kontrolle brachten.

Miersch: Wie reagierte die Dorfbevölkerung darauf, dass sie die Wildtiere nun wieder nutzen durfte?

Baldus: Die reagierten so, wie Sie und ich auch reagieren würden. Wenn man etwas nutzen darf, ist man an seiner langfristigen Erhaltung interessiert. Da unterscheiden sich afrikanische Kleinbauern um nichts von uns.

Für die Dorfbewohner und ihre Wildhüter war plötzlich jeder Wilderer ein Konkurrent, der „ihr“ Wild stehlen wollte. Sie handelten ausschließlich im Eigeninteresse. Dass damit auch Naturschutz verbunden war, dass ihr Verhalten die Artenvielfalt sicherte - das nahmen sie billigend und durchaus auch positiv zur Kenntnis. Aber es war nicht ihre Antriebsfeder. Sie waren nicht „Wildlife-Manager“ geworden, weil sie zur Erreichung der Ziele der UN-Biodiversitätskonvention beitragen wollten. Sondern weil sie damit etwas für ihre Familien verdienen konnten – ein bisschen Fleisch und manchmal auch Bares. Im Übrigen spielt Wild in der dörflichen Kultur noch eine große Rolle.

Miersch: Wie sah denn die Nutzung aus?

Baldus: Das lief so ab: Die Dörfer gaben ihren Wildhütern den Auftrag, nach Maßgabe von Abschussquoten der Wildschutzbehörde zu jagen, in der Regel auf Büffel und verschiedene Antilopenarten. Dieses Fleisch wurde zum eigenen Verzehr in den Dörfern verkauft. Manche Dörfer verkauften zusätzlich Abschüsse an Fleischjäger aus den großen Städten. Zugegeben, diese Einnahmen pro Kopf waren bescheiden. Aber das alte deutsche Sprichwort, dass Kleinvieh auch Mist macht, gilt genauso in Afrika. Die Verfügbarkeit von legalem Fleisch war an sich schon ein großer Anreiz, weil man dort wegen der Tsetsefliege kaum Ziegen und Rinder halten kann. Diese Einnahmen wurden meist in Schulen, Krankenstationen oder Brunnen investiert. Dadurch hatten also alle etwas davon.

Ganz wichtig war für die Einwohner auch das Gefühl, endlich wieder selbst über die Ressource Wild bestimmen zu dürfen. Das darf man nicht übersehen. Das klassische Konzept zum Schutz der Wildtiere in Afrika heißt ja: „Verbieten und bestrafen! Nutzung und Jagd sind verboten! Zuwiderhandlung ist Wilderei und wird bestraft!“ Das ist die Theorie. Doch funktioniert hat das unter afrikanischen Bedingungen nirgendwo. Überlegen Sie mal: Über die Hälfte des Fleisches, das in Afrika auf dem Land verzehrt wird, stammt immer noch von wilden Tieren und ist damit formell illegal. Gleichwohl werden sogar die afrikanischen Migranten in Paris, London oder Brüssel mit „bush meat“ oder „viande de brousse“ versorgt. Obwohl dieses Schutz-Konzept, im Englischen wird es auch als „fortress conservation“ bezeichnet, so grandios und so umfassend gescheitert ist, fällt bis heute den meisten Tierschützern

nichts anderes ein, als Verbote und Strafen vorzuschlagen, wenn man fragt, wie sie denn die Wildtiere besser schützen wollen. Doch damit scheitert man. Die Zukunft gehört Konzepten, die auf Eigeninteresse, also auf ökonomischen Anreizen, basieren.

Miersch: Im Selous-Reservat wird der Wildreichtum aber nicht nur von der Dorfbewölkerung genutzt, sondern auch, indem man Abschussrechte an Jagdtouristen verkauft. Kann man das mit den Naturschutzziele in Einklang bringen?

Baldus: Na klar, sonst würden es die Tansanier nicht betreiben und wir hätten es nicht unterstützt! Mit der Trophäenjagd wird sehr viel Geld verdient. Nach unseren Berechnungen sind es heute zirka 60 Millionen US-Dollar im Jahr, wenn man alle Jagdgebiete Tansanias zusammenzählt. Und diese gewaltigen Einnahmen erzielt man mit etwa 1500 Jagdgästen und relativ wenigen Tieren, die ihr Leben lassen müssen. Ein Fünftel der Einnahmen fließt in Form von Gebühren und Abgaben direkt an die Wildschutzbehörde. Diese Einnahmen könnte man noch wesentlich erhöhen, wenn man stärker marktwirtschaftliche Mechanismen zulassen würde, zum Beispiel die Versteigerung der Jagdblocks anstatt freihändiger Vergabe.

Nun kann man persönlich der Jagd durchaus ablehnend gegenüber stehen. Das ist Geschmackssache. Was die Kritiker aber meist übersehen: Ohne diese Form der Landnutzung gäbe es dort nicht mehr Wildtiere – sondern weniger. Die Alternative wären einfach mehr Kühe, Ziegen und Maisfelder. Man muss das realistisch sehen: Jagd gegen Bezahlung ist tatsächlich eine der ökonomisch attraktivsten Formen, um in Afrika Wild zu nutzen. Mehr Einnahmen pro Landeinheit bringt nur der Massentourismus. Aber gejagt wird ohnehin meist nur auf solchen Flächen, die für Fototouristen aus unterschiedlichen Gründen nicht attraktiv sind. Außerdem belastet die Trophäenjagd die Umwelt viel weniger als Reisegruppen, die viel mehr Infrastruktur benötigen. Der einzelne Teilnehmer einer Fotosafari verschafft der Gegend, die er bereist, vergleichsweise wenige Einnahmen. Für eine Trophäenjagd dagegen bezahlt der einzelne Tourist sehr hohe Summen und bringt dadurch weitaus höhere Einnahmen. Der viel missbrauchte Begriff „Ökotourismus“ trifft deshalb auf die Trophäenjagd in den meisten Fällen zu.

Miersch: Wird die Dorfbevölkerung an den Einnahmen aus dem Jagdtourismus beteiligt? Oder profitieren die Bauern in der Region nur in Form von Fleisch, weil sie selbst wieder jagen dürfen und obendrein das Fleisch erhalten, das bei der Trophäenjagd anfällt?

Baldus: Es war unser großes Ziel, die Dorfbevölkerung an der Jagdeinnahmen zu beteiligen. Die Kleinbauern wussten nur allzu gut, dass der Staat und die privaten Jagdfirmen mit ausländischen Trophäenjägern sehr viel Geld verdienten. Deshalb forderten sie ihren Anteil, wenn diese Jagd auf Dorfland stattfand. Darüber haben wir lange verhandelt, was dann auch in einer „wildlife policy“ festgeschrieben wurde, also einer nationalen Strategie für den Erhalt der Wildtiere. Die Idee wurde in das neue Wildschutz- und Jagdgesetz aufgenommen. Aber richtig in die Tat umgesetzt ist das leider auch zehn Jahre später noch nicht.

Miersch: Woran liegt es?

Baldus: Nun, damit berühren wir ein Grundproblem, das der Afrika-Kenner gerne mit der Bemerkung „c'est l'Afrique“ erklärt: So ist das eben in Afrika! Ganze Bücherwände sind mit Werken gefüllt worden, in denen vergeblich versucht wird, die Entwicklungsrückstände dieses Kontinents trotz reicher Ressourcen und Bodenschätze zu erklären. Das Schlagwort „Kolonialismus“ greift zu kurz - und man kann das ein halbes Jahrhundert nach der Entkolonialisierung ja auch nicht mehr ernsthaft ins Feld führen.

Nein, hier sind wir mitten drin in der afrikanischen Malaise. Und die heißt: schlechte Regierungsführung und Korruption. Seit vierzig Jahren werden die Jagdblocks in Tansania nicht öffentlich versteigert, sondern hinter geschlossenen Türen vom Minister oder seinem Abteilungsleiter freihändig vergeben. Und zwar zu einem Preis, der früher gerade einmal fünf bis zehn Prozent des tatsächlichen Wertes ausmachte. Man muss die Afrika-Naivität eines Sir Bob Geldof oder eines Bono haben, um hier nicht zu erkennen, was hinter den Kulissen passiert.

Das Ministerium und die Wildschutzbehörde wollten diese Einnahmen auf keinen Fall mit den Dörfern teilen, geschweige denn, die Jagdkonzessionen auf Dorfland versteigern. Dabei hätte genau das den Dörfern ganz erhebliche Einnahmen gebracht. Ein guter Jagdblock würde auf einer Versteigerung leicht 100.000 Dollar bringen. Dazu ist es aber bisher nicht gekommen.

Wir haben hier ein gutes Beispiel dafür, wie die nachhaltige Nutzung einer natürlichen Ressource einen wesentlichen Beitrag zur Armutsminderung auf dem Lande leisten könnte. Doch durch Korruption, durch schlechte Regierungsführung, also durch „bad governance“, wie man das heute nennt, wird das Inwertsetzen des Wildes zum Marktpreis verhindert. Solche Dinge sind nicht auf die Jagd beschränkt. Das passiert in jedem Bereich wo viel Geld zu verdienen ist. Das finden Sie in der Fischerei und in der Forstwirtschaft genauso wie in der Zentralbank oder beim Bergbau.

Miersch: Und wie haben die Bauern vor Ort reagiert?

Baldus: Mit Enttäuschung, aber auch mit Selbsthilfeaktivitäten und indem sie sich politisch artikuliert haben. Die Dörfer und Distrikte nahmen quasi spontan die Haltung „jetzt erst recht!“ ein. Und damit haben sie eine ganze Reihe neuer dörflicher Wildschutzgebiete auf den Weg gebracht. Zum Beispiel ist ein Wildschutz-Korridor zwischen dem Selous-Wildreservat und dem Niassa-Wildreservat in Mosambik entstanden. Der Korridor selbst hat eine Größe von 9.000 Quadratkilometern. Insgesamt ist dadurch ein grenzüberschreitendes Gebiet mit abgestimmtem Naturschutzmanagement von 120.000 Quadratkilometer Größe entstanden. Das war nicht von oben gesteuert, sondern ist von unten aus der Bevölkerung gewachsen. Obendrein hat man die Probleme öffentlich diskutiert, ins Parlament getragen und die Zeitungen waren voll davon. So kam eine politische Diskussion in Gang, wer vom Wild den Nutzen haben soll und wie man durch bessere Regierungsführung, Transparenz und den Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente die Korruption abbauen und den Ertrag vom Wild erhöhen kann.

Dass es möglich ist, der ländlichen Bevölkerung ganz schnell hohe Jagderträge zufließen zu lassen - und dass dadurch in kurzer Zeit die Wildbestände immens wachsen: Das hat Namibia wegweisend bewiesen. Da hält sich der Staat weitgehend

raus, erlaubt den ländlichen Gemeinden die Wildnutzung und die haben ihre Jagdgebiete versteigert.

Miersch: Besteht nicht die Gefahr der Übernutzung? Funktioniert die Kontrolle?

Baldus: Natürlich ist die große Herausforderung immer und überall, dass die Wildbewirtschaftung nachhaltig bleibt. Aber sehen Sie: Wenn die Jagd verboten ist, dann bedeutet das ja nicht, dass Übernutzung verhindert wird. Ganz im Gegenteil. Dann schießen die Wildhüter selbst unkontrolliert; es wird gewildert, die Nutzung findet in der Illegalität und ohne Kontrolle statt. Bei der gemeindeorientierten Wildbewirtschaftung dagegen werden die Jagdquoten offen und transparent in Dorfversammlungen und eigens gewählten Gremien erörtert. Die nicht funktionierende staatliche Kontrolle wird durch soziale Kontrolle ersetzt - und das funktioniert in der Praxis bei weitem nicht ideal, aber viel besser.

Die amerikanische Ökonomin Elinor Ostrom hat gezeigt, dass Gemeinschaftsgüter dezentral in Selbstverwaltung nachhaltig bewirtschaftet werden können, wenn die Nutzer zusammenarbeiten. Menschen kooperieren, wenn sie sehen, dass Einigkeit stark macht und alle weiter bringt. Damit lässt sich Nachhaltigkeit erreichen. Übernutzung ist kein Naturgesetz. Sondern sie kann durch sinnvolle Regelungen und gemeinsam vereinbarte Belohnungen und Strafen verhindert werden. Für diesen Nachweis hat Professor Ostrom 2009 den Wirtschaftsnobelpreis erhalten.

Miersch: Wäre eine völlige Privatisierung nicht der einfachere Weg?

Baldus: Im Grundsatz ja. Privates Eigentum und interessenorientiertes Wirtschaften in einem marktwirtschaftlichen System bringt die besten Ergebnisse. Das gilt einzelwirtschaftlich und auch für die Gesamtheit. Dass das auch für das Bewirtschaften von Wildtieren gilt, sieht man eindrucksvoll am Beispiel Südafrika. Dort ist wie in kaum einem anderen Land der einst unvorstellbare Wildreichtum mit seinen riesigen Migrationen an den Rand der völligen Ausrottung gebracht worden. Das letzte wilde Quagga-Zebra war um 1870 geschossen worden, und auch andere Arten standen am Rand der Ausrottung. Wenn in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts eine Farm verkauft wurde, hat man gerne damit geworben, dass es auf dem Land „geen Wild“

gab. (Anm. des Hrsg.: Afrikaans für „kein Wild“.) Wildtiere galten dort früher nur als Kostenfaktor. Sogar von den einst unzähligen Blesböcken existierten bloß noch 2.000 Stück. 1960 gab es in ganz Südafrika nur drei Wildfarmen, und Jagdtourismus war unbekannt. Das änderte sich ganz schnell, als neue Gesetze dafür sorgten, dass Wildtiere auf Farmland nicht mehr dem Staat sondern dem Landbesitzer gehörten. Die Farmer merkten, dass sie mit der Jagd bares Geld verdienen konnten. Mittlerweile sind dadurch über 9.000 Wildfarmen entstanden. Insgesamt sind diese Wildfarmen 17 Millionen Hektar groß. Also eine Fläche, die fast dreimal so groß ist, wie alle Nationalparks und staatlichen Schutzgebiete des Landes zusammen.

In den letzten hundert Jahren hat es in Südafrika nie so viele Wildtiere gegeben, wie heute. Es gab bloß noch 30 Breitmaulnashörner - heute sind es 17.000. Das Kap-Bergzebra hat sich von elf auf 1.200 Exemplare entwickelt. Der Bontebock von 34 auf 7.000 Exemplare und das Weißschwanzgnu von 17 auf 22.000. Wenn man das mit der Entwicklung in Kenia vergleicht, wo die Jagd seit über 30 Jahren verboten ist und gleichzeitig die Wildbestände um drei Viertel zurückgingen: Dann muss man kein Mathematiker sein, um sich ein richtiges Urteil zu bilden.

Miersch: Ist Privatisierung ein Allheilmittel?

Baldus: Nein. Denn man muss dabei bedenken, dass privatisierte Wildwirtschaft nur auf privatem Grundbesitz und auf großen Flächen funktioniert. Im ländlichen Afrika sind das Bodenrecht und die soziale Situation aber meist ganz anders. Hier muss man mit Gruppenbesitz arbeiten. Wildtiere gelten faktisch als öffentliches Gut, so dass man niemanden von der Nutzung ausschließen kann. Jeder weiß: Wenn ich auf die Nutzung verzichte, dann kommt das nicht der Tierart zu gute. Sondern nur anderen Jägern, weil dann eben die sich das Wild holen. Das Ergebnis ist eine Übernutzung und schließlich die Zerstörung der Ressource. Man bezeichnet das als die „Tragik der Allmende“.*

Deshalb steht heute bei den Schutzbemühungen zur Erhaltung der Wildtiere, oder auch der öffentlichen Wälder, in Entwicklungsländern im Mittelpunkt, dass die Bewirtschaftung an Gemeinden oder Nutzergruppen übertragen wird. Wenn man den Kleinbauern vor Ort die Eigentums- oder Nutzungsrechte an den natürlichen Res-

ourcen gibt, entsteht ein ökonomischer Anreiz, damit die Menschen die Natur erhalten. Das Wild lebt zwar immer noch auf der Allmende. Aber durch das Eigeninteresse der Nutzer und durch entsprechende Absprachen wird der bislang freie Zugang eingeschränkt.

Es hat sich gezeigt, dass Jagdtourismus, der unmittelbar den Dorfgemeinschaften zugute kommt, die beste und wirtschaftlich rentabelste Form der kommunalen Wildnutzung ist. Und dass dabei gleichzeitig die Natur geschont wird.

Ich habe ja vorhin schon die Nobelpreisträgerin Ostrom erwähnt. Sie ist dafür ausgezeichnet worden, dass Sie das analysiert und theoretisch begründet hat, was unter anderem wir vor zwanzig Jahren in Tansania auf den Weg gebracht haben.

Miersch: Gab es Vorbilder für Ihr Konzept?

Baldus: In Afrika haben wir uns an den Erfahrungen des CAMPFIRE Programms in Simbabwe orientiert. Später kamen dann ähnliche Programme in Botswana und Namibia hinzu. Ich selbst habe mich auch von meinen persönlichen Erfahrungen in Deutschland leiten lassen. Bei mir zu Hause im Westerwald bewirtschaften die kleinen Landbesitzer – wie überall im deutschen Rechtskreis – das Wild in Jagdgenossenschaften. In meiner Region wird sogar die Waldnutzung traditionell gemeinschaftlich organisiert.

Miersch Wie haben die Naturschutzorganisationen darauf reagiert, dass die Finanzierung des Reservats ausgerechnet durch Jagdtourismus ermöglicht wurde?

Baldus: Der solide, wissenschaftlich orientierte Naturschutz tritt selbst für die Inwertsetzung von natürlichen Ressourcen ein. Das gilt für Wälder genauso wie für Wildtiere. Deshalb wird im Naturschutz die Jagd seit langem akzeptiert. Doch nicht jede Organisation setzt diese Erkenntnisfähigkeit aber auch bei ihren Spendern voraus. Man ist deshalb zurückhaltend, die Jagd in eigenen Projekten als Instrument einzusetzen oder die Haltung „Pro Jagdtourismus“ allzu öffentlich zu demonstrieren. Spendengelder eintreiben kann man eben am besten mit den süßen Augen von Robbenbabies und tränenreichen Aufrufen zur Rettung von Elefant, Tiger, Eisbär & Co..

Ganz anders ist es bei den Tierschutzorganisationen und den Tierrechtlern. Sie bekämpfen die nachhaltige Nutzung mit allen Mitteln. Ihnen geht es dabei aber nicht um Naturschutz und die Erhaltung von Biodiversität. Ihnen geht es bestenfalls um das Leben eines individuellen Tieres. Im schlechtesten Fall - und das heißt leider im Regelfall – um Ideologie und das Einsammeln von Spendengeldern.

Die lautstarken Tierschutzorganisationen zeichnen sich ja eben nicht durch Rationalität und Faktennähe aus. Auf der CITES Generalversammlung in Nairobi kam die Vertreterin eines afrikanischen Landes zu mir und sagte, die Leiterin der deutschen Delegation, damals eine Staatssekretärin von den Grünen, setze sie wegen der Jagd so sehr unter Druck. Dabei sei die Jagd in ihrem Land nachhaltig und habe einen wesentlichen Anstieg der Wildbestände zur Folge gehabt. Die Frau fragte mich, wie wir es denn in Deutschland mit der Jagd halten würden. Als ich ihr sagte, dass bei uns jedes Jahr über 1,5 Millionen Stück Rehe, Hirsche und Wildschweine geschossen würden und dass dies vielen noch zu wenig sei, da verstand sie die Welt nicht mehr und sprach verständlicherweise von Doppelmoral. Und ich finde, da hat sie Recht. Wir haben da doch wirklich eine sehr widersprüchliche Situation: In Deutschland sagt der Naturschutz, dass ein gesunder Wald höchstens etwa drei Stück Rotwild oder zehn Rehe pro hundert Hektar verträgt. Also muss heftig gejagt werden, damit dieses Verhältnis erhalten bleibt oder erreicht wird. Im Selous hatten wir auf der gleichen Fläche einen Elefanten, einen Büffel, vier große und ein paar kleine Antilopen. Alle fressen Gras und Bäume. Und dann sagt man den Afrikanern, sie dürften ihr Wild nicht bejagen! Diese Logik verstehe ich nicht - und so eine Logik versteht man in Afrika auch nicht.

Darum muss man andere Wege gehen. Wer heute eine nachhaltige Nutzung von Wildtieren erreichen will, mit Jagdtourismus und Trophäenjagd als ökonomischen Ansatz von Naturschutz: Der steht auf einem ganz soliden Fundament, nämlich auf dem der wichtigsten internationalen Konvention zum Naturschutz. Es gab lange Zeit eine künstliche Differenz zwischen Schützern und Nutzern. Jetzt steht durch einen internationalen, rechtlich verbindlichen Vertrag, nämlich die von 187 Staaten ratifizierte CBD Konvention, fest: Die nachhaltige Nutzung ist eine wesentliche Voraussetzung für den Erhalt und den Schutz der Natur.

Miersch: Warum bestehen so viele Naturfreunde trotzdem darauf, dass die Natur unbedingt aus ideellen Motiven geschützt werden soll?

Baldus: Also lassen wir mal die unbelehrbaren Ideologen außen vor, und reden wir über diejenigen, die in guter Absicht reine Schützer sind. Ich denke, viele von denen würden anders reden, wenn sie die Fakten wüssten. Wenn ich das Konzept „use it or lose it“, also Schutz durch Nutzung, am praktischen Beispiel erläutert habe, bekam ich immer viel Zustimmung. Und zwar auch von Leuten, die von Afrika und vom Wild dort wenig wissen. Die Fakten überzeugen. Dazu muss man kein Wissenschaftler sein. Normaler Menschenverstand genügt.

Vor allem aber: Die Leute, die so reden, sind doch selbst gar nicht betroffen. Wunderbar lässt sich der Totalschutz propagieren, wenn man in Frankfurt oder Hamburg lebt, und wilde Tiere nur bei gelegentlichen Urlauben vom Minibus aus fotografiert. Wenn man aber jeden Tag mit großen Tieren zusammen leben muss, dann sieht die Welt ganz anders aus. Wissen Sie, die Leute vor Ort haben sich nie die Frage gestellt, ob man Wild wegen seiner intrinsischen Werte schützen sollte - oder ob man es erfolgreicher schützt, wenn man es ganz pragmatisch in Wert setzt. Für afrikanische Dorfbewohner in wildreichen Gegenden bedeuten wilde Tiere vor allem Probleme und Kosten: Elefanten zerstören die Ernte, Büffel und Antilopen sind Weidekonkurrenten, und Löwen und Krokodile fressen Familienmitglieder auf. Und dann wird diesen Menschen auch noch verboten, das Wild zu nutzen. und die Einnahmen daran werden ihnen vorenthalten. Wenn man am Existenzminimum lebt, dann hat man keine ideellen Motive zum Naturschutz. Einen Büffel sieht man am liebsten im Kochtopf, und im Extremfall zeigt man seine Haltung, indem man als „Revanche“ die Löwen vergiftet und die Elefanten mit Speeren in einen Igel verwandelt. So etwas ist in Kenia in den letzten Jahren all zu oft passiert.

Miersch: Hat ein rein ideeller Naturschutz in armen Entwicklungsländern überhaupt eine Chance?

Baldus: Die Fakten sprechen für sich. Darum ist meine Antwort dazu ein klares Nein.

Miersch: Wo versagen ökonomische Anreize? Wo geht es nicht ohne staatlichen Zwang?

Baldus: Wenn man ökonomische Anreize schaffen will, dann gelingt einem das nur innerhalb eines rechtsstaatlichen Systems. Man braucht rechtliche Rahmenbedingungen. Und vor allem müssen diese Gesetze aber auch angewendet werden. Und das ist in Afrika aufgrund der Korruption schwierig genug.

Die kommunale Wildbewirtschaftung mit ihrem System der Anreize und sozialer Kontrollen ist gut. Aber sie kann keine effektive Wildereibekämpfung ersetzen. Man braucht beides zugleich.

Miersch: Die Natur steht in Afrika überall unter Druck. Glauben Sie, dass die von Ihnen geschilderten Instrumente und Verfahren das Wild auf Dauer erhalten können?

Baldus: Dass ökonomische Anreize beim Wildschutz funktionieren, dass Jagd helfen kann, um Schutzgebiete zu erhalten und die Biodiversität zu bewahren, dass die Menschen vor Ort sich Richtung nachhaltiger Nutzung ihrer natürlichen Ressourcen bewegen, wenn sie sich davon ökonomische Vorteile versprechen – und nur dann: Alle diese Hypothesen haben wir während unserer Arbeit in Tansania bewiesen. Und wir haben leider auch gesehen, dass die Gier der einheimischen Eliten das alles auch verhindern und zunichte machen kann. Korruption setzt Marktmechanismen außer Kraft und verhindert, dass Wild zum Marktwert genutzt wird und dies als Anreiz zur langfristigen Erhaltung dient. Afrika muss selbst entscheiden, ob es seine Wildtiere und Naturgebiete auf Dauer erhalten will. Und dann muss es entsprechend handeln.

Im Moment haben wir im Süden und Osten Afrikas reichliche Wildbestände. Doch ich kann Ihnen nicht vorhersagen, ob die Kombination von klassischem Naturschutz, nachhaltiger Trophäenjagd, marktwirtschaftlichen Mechanismen und dörflichem Wildschutz diese reichen Bestände auf Dauer erhalten kann. Nur eins weiß ich: Ohne eine nachhaltige Nutzung und ohne die Beteiligung der Menschen vor Ort haben wir keine Chance. Wenn wir allein auf „fences and fines“ (Zäune und Strafen) setzen,

dann haben wir in 30 Jahren afrikanische Wildtiere nur noch im Zoo und vielleicht in ein paar Nationalparks.

(* Als Allmende wurde früher eine Dorfweide bezeichnet, auf der alle Bauern ihr Vieh grasen lassen konnten. Als Folge davon wurden diese Wiesen völlig überweidet. Denn um nicht von den anderen übervorteilt zu werden, nutzte der einzelne Bauer dieses Gemeinschaftsgut zu stark aus. Jeder schickte mehr Vieh auf dieses Grasland, als nachhaltig gewesen wäre. In der Wirtschaft wird dieses Dilemma auch als „tragedy of the commons“ bezeichnet.)